

Die Arbeit des Haushaltungsausschusses.

Ab 1. Oktober Vierteljahrszahlungen für Beamten. — Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses um 100 Prozent.

Berlin, 29. Juli. Der Haushaltungsausschuss setzte heute die Beratungen der Haushaltsgesetze bei der gestern unterbrochenen Besprechung des § 8 fort, der von der Fürsorge für besonders mitleidende Beamte, Wartegeldempfänger, Pensionäre, Witwen und Waiskinder handelt. Auf Anfrage der Abgeordneten Schmidt-Stettin (Dn.) und Dr. Cremer (D. Sp.) erwidert Ministerialdirektor Dr. Voßholz, daß die Regierung beabsichtige und auch hoffe bis zum

1. O k t o b e r die Vierteljahrszahlungen für die Beamten einzuführen. Aber eine wechselseitige Verpflichtung könne sie angeht bei der Eisenbahn und den Ländern nicht eingehen.

Abg. Steinkopf (Soz.) betont, daß seine Parteifreunde weniger Gewicht auf die Wiedereinführung der Vierteljahrszahlungen legen, als auf eine den Lebensverhältnissen entsprechende Erhöhung der Grundgehälter. Abg. Harmony (Dn.) gibt zu bedenken, daß die Verschuldung der Beamten einen Grad erreicht hat, der katastrophal zu werden drohe. Die Abg. Cremer (D. Sp.) und Dietrich (WfL) fordern erneut die Einlösung des Versprechens auf vierteljährliche Gehaltszahlungen. Letzterer insbesondere auch eine Erhöhung der Monatsgehälter. Er habe seinerzeit auf die Folgen einer Privatisierung der Reichsbahn hingewiesen. Jetzt stehe sie jeder Aufbesserung der Beamten entgegen. Abg. Dr. Cremer (D. Sp.): Das Zahlen der Vierteljahrsgehälter sei die Wiederherstellung der alten wohlverordneten Rechte. Der Opposition erwiderte er, daß im parlamentarischen System keine Partei sich auf eine ewige Oppositionstellung einstellen könne. Auf die erneute Forderung der Wiedereinführung der bisherigen Zahlung der Beamtengehälter habe Ministerialdirektor Voßholz erklärt, daß er ihr Grundsatz mit dem Abg. Cremer und Schmidt-Stettin übereinstimme. Er bitte jedoch, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. Die Frage sei lediglich, wann der geeignete Zeitpunkt auch vom Standpunkt der Beamten aus gekommen sei. Abg. Schuldt (Dem.) fordert die

Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses um 100 Prozent.

Abg. Schulz (Dn.) fordert gleichfalls eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses und nach Möglichkeit die Einlösung des Versprechens auf Vierteljahrszahlungen bis 1. Oktober. Abg. Steinkopf (Soz.) bemerkt, die Mehrheit brauche nur eine gefällige Denkschrift anzunehmen, daß die Vierteljahrszahlungen für die Beamten am 1. Oktober eingeführt werden müßten. Täten sie es nicht, so wolle er an dem Ernst der Forderungen. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. Cremer (D. Sp.) und Morath (D. Sp.) wird der § 8 angenommen.

Nach einer Antrag der Kompromißpartei Schulz-Bromberg (Dn.) und Genossen wird folgender § 8 eingefügt: „Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, den Hundertsatz des auszahlenden Wohnungsgeldzuschusses zu erhöhen.“ Angenommen wird ferner unter Zustimmung der Regierung ein Antrag des Abg. St. u. L. (Soz.), daß bis zur Höhe der etwaigen Ersparungen bei den Mitteln für nicht beamtete Hilfskräfte die Mittel für beamtete Hilfskräfte desselben Haushaltskapitels oder Kapitelabschnittes überschritten werden können.

Angenommen wurde eine Entschlebung des Abg. Steinkopf (Soz.), wonach den Reichsbeamten vom 1. August ab 100 Prozent des gesetzlichen Wohnungsgeldes zu gewöhren ist.

Es folgt die Aussprache über eine von mehreren Parteien eingebrachte Entschlebung, die dahin geht, daß die Reichspost in den Haushalt für 1925 einen Reinsüberschuß von mindestens 25 Millionen Mark einbringen müsse. Weiter lag eine Entschlebung des Abg. K. u. L. (Soz.) vor, die dahinzielte, die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost in der Weise zu ändern, daß aus jeder Fraktion mindestens ein Mitglied des Reichstages vorgeschlagen werden könne und daß das Gesetz so geändert werden soll, daß eine möglichst frühegültige Ausführung von Reinsüberschüssen an das Reich bewirkt würde.

Außerdem hatte Abg. Dr. Quack (Dn.) eine Entschlebung eingebracht zu dem Zwecke, daß in dem Reichshaushaltetat alljährlich vorweg ein bestimmter Betrag von der Reichspost zu den allgemeinen Reichsausgaben beigesteuert werde und erst nach Ablieferung dieses Betrages die Rücklage der Reichspost bestimmt werden dürfte.

Staatssekretär Sauter vom Reichspostministerium erwiderte darauf, daß die Einsetzung eines Betrages von 25 Millionen Mark in den Haushalt 1925 aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht geschehen könne. 25 Millionen Mark könnten 1925 nicht erübrigt werden, es sei denn, daß die Gebührenpolitik zum Schaden der Wirtschaft andere Wege gehe. Die Postgebühren seien heute noch trotz der Geldentwertung im wesentlichen auf dem Stande der Friedensjahre. Eine Theraurierungspolitik würde von der Reichspost nicht befolgt. Der Reichspostminister habe übrigens mit voller Bestimmtheit erklärt, daß er es für seine Pflicht halte, sobald wie nur irgend möglich Ueberschüsse an das Reich abzuliefern. Dies solle auch durch eine Abänderung des Gesetzes am Schlusse des Rechnungsjahres besonders festgelegt werden. Der Staatssekretär bestritt vor allem die Annahme der Zentrumsentschlebung, da sie den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werde.

Der Ausschuss verlagte die weitere Aussprache ohne Beschlußfassung auf Donnerstag.

Für 58 Millionen neue Kriegsschiffe.

London, 29. Juli. (Unterhaus.) Im Verlauf der heute fortgesetzten Erörterung des Flottenentwurfes erklärte der Parlamentarische Sekretär der Admiralität Davidson, der geforderte Kredit in Höhe von rund 58 Millionen Pfund sei die Gesamtsumme für das ganze Programm. In der Aussprache erklärte Macdonald, einer Regierung, die heute 58 Millionen für den Bau von Kriegsschiffen fordere und wenige Tage zuvor erklärt habe, es sei ihr unmöglich, ein Viertel dieser Summe zu finden, um die im Pensionengesetz vorgesehenen Renten ausreißend zu gestalten, müsse das Vertrauen des Parlamentes ausgesprochen werden. Das Programm der britischen Admiralität bedeute eine Aufforderung an die anderen Nationen zu einem Rüstungswettbewerf; es werde das Frieden der Welt gefährden. Auch Lloyd George erklärte sich gegen das Regierungsprogramm. Er nahm dabei Bezug auf die Kritik ausländischer Zeitungen und sagte, es sei zwecklos, die Uebersicht zu predigen mit der Vergewaltigung in der einen Hand und dem Auftrag von 58 Millionen für den Bau von Kriegsschiffen in der anderen Hand.

Im weiteren Verlauf der Flottenbaudebatte erklärte Churchill, das Flottenprogramm verlange nicht mehr, als was jeder vernünftige Mann als notwendig für die Verteidigung Englands ansehen müsse. Keine auswärtige Nation bedrohe die Sicherheit Englands, seit die deutsche Flotte auf dem Meeresgrunde liege. Schließlich wurde der Antrag Macdonalds, den Flottenetat herabzusetzen, mit 287 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

Weitere Verhaftungen im Leipziger Jemenmordverfahren

Mitglied des „Nationalen Bundes für Wehr und Hilfe“ und Angehöriger der R. P. D.

Der Polizeibericht meldet: In der Sache, betr. den geplanten Ueberfall in S. Gohlis-Nord auf einen Major a. D. in der Nacht zum 28. Juli sind noch festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt worden: ein Betriebsangehöriger und ein Arbeiter, früherer Wähler. Beide sind Mitglieder des „Nationalen Bundes für Wehr und Hilfe“ und wurden der Mitwisserschaft verdächtigt. Sie bestreiten aber, von einem Nordplan etwas gewußt zu haben.

Dazu schreiben die „S. M.“: Der eine der beiden Verhafteten, der Schlosser Otto Nidel, der sich auch als Leutnant ausgab, hatte nachts von der Verhaftung der drei Mitglieder des „Nationalen Bundes für Wehr und Hilfe“ Kenntnis erhalten und traf in seiner Wohnung schleunigst Vorbereitungen zur Flucht. Als er das Haus verlassen wollte, wurde er von einigen Polizeibeamten verhaftet. Nidel hatte von dem Nordplan Kenntnis und wurde nur durch Dienst an der Wirtshilfe verhindert.

Der Verhaftete ist Mitglied der RPD gewesen und war in der Führung der Norddeutschen Sektion dieser Partei tätig. Ferner war er militärischer Führer der RPD in Ostpreußen. Gegen Nidel sollen auch noch allerlei politische Delikte von Hamburg und Magdeburg aus vorliegen.

Der andere Verhaftete ist ein gewisser Sellmeier, der bei dem ebenfalls in Haft genommenen Eisener wohnte. Auch er wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt. Wie verlautet, stehen noch weitere Verhaftungen bevor. Es ist zu wünschen, daß die Staatsanwaltschaft in diesem Falle mit der ganzen Strenge des Gesetzes durchgreife, um endlich Leipzig von diesen Elementen zu befreien.

Volksbegehren über das Aufwertungsgesetz.

Berlin, 29. Juli. Die Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsorganisationsionen hat in ihrer heutigen Tagung im Hinblick darauf, daß die vom Reichstag angenommenen Aufwertungsgesetze vom Reichspräsidenten am 16. d. M. verkündet worden sind, einstimmig beschloffen, eine Neuregelung der Aufwertung im Wege des Volksbegehrens herbeizuführen. Die Vorarbeiten hierzu sind von der Arbeitsgemeinschaft bereits in Angriff genommen und werden mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden.

Kredit der Golddiskontbank an den Ruhrbergbau.

Nach einer Meldung der „Voss. Bzt.“ aus Essen hat die Golddiskontbank dem Ruhrbergbau einen Kredit von 15 Millionen gegen 3 Monatswechsel der Ruhrkohle A. G. gewährt.

Erhöhung der Beamtengehälter.

Nach einer Meldung des „S. L.“ ging gestern im Reichstag das Gerücht um, daß die Regierungsparteien beabsichtigten, durch einen besonderen Antrag den Reichsfinanzminister zu ermächtigen, eine Gehaltserhöhung für die Beamten vorzunehmen und zwar für die Gruppen 1—6 12 Prozent und für die Gruppen von 6 aufwärts 10 Prozent.

San Diego der neue Luftflottenhafen.

Der Marine-Sekretär der Vereinigten Staaten gab bekannt, es sei beabsichtigt, San Diego in Kalifornien zur Heimathafen für die leistungsfähigen Luftschiffe des Anlandes und Shenanbodis zu machen und überhaupt die Operationsbasis aller jener Seehäfen-als-Luft-Einheiten, die noch erbaut werden sollen, dorthin zu verlegen.

Zwischenfall in Budapest.

In Steinamanger kam es beim Besuche der internationalen Kontrollkommission zu einem Zwischenfall. Eine große Menge versuchte, in das Komitatzgebäude einzudringen, in welchem sich die Kontrollkommission befand, sie wurde aber durch die Polizei daran verhindert. Der Stadtkommandant und die leitenden Beamten des Komitatzes und der Stadt brachten der Kommission ihr Bedauern aus.

Aus Stadt und Land.

Am, den 31. Juli 1925.

Die gesetzliche Miete

beträgt, wie bereits gemeldet, vom 1. August 1925 ab 58 vom Hundert der Friedensmiete. Die Aufwertungssteuer (sogenannte Mietzinssteuer) von 27 vom Hundert bleibt unverändert. Es sind darnach künftig 85 vom Hundert der Friedensmiete zu zahlen.

Die Erhöhung der Miete

wird in einer Bekanntgabe des Arbeits- und Wohlfahrtsamtes wie folgt begründet:

Wegen der durch das Aufwertungsgesetz bestimmten Erhöhung der Hypothekenzinsen wird die gesetzliche Miete vom 1. August 1925 ab um 5 vom Hundert der Friedensmiete in Reichsmark, also auf insgesamt 53 vom Hundert der Friedensmiete in Reichsmark erhöht. Hierzu kommen wie bisher 27 vom Hundert Aufwertungssteuer (sogenannte Mietzinssteuer).

Die Berechnung der monatlichen Miete soll folgende

Mietzinstabelle

1.	2.	3.	4.	1.
Jährliche Friedensmiete	Gesetzliche Miete 53%	Mietsteuer 27%	Miete und Steuer 80%	Jährliche Friedensmiete
1	—,05	—,02	—,07	1
2	—,09	—,05	—,14	2
3	—,13	—,07	—,20	3
4	—,18	—,09	—,27	4
5	—,22	—,11	—,33	5
6	—,26	—,14	—,40	6
7	—,31	—,16	—,47	7
8	—,35	—,18	—,53	8
9	—,40	—,20	—,60	9
10	—,44	—,23	—,67	10
20	—,88	—,45	1,33	20
30	1,32	—,68	2,00	30
40	1,77	—,90	2,67	40
50	2,21	1,12	3,33	50
60	2,65	1,35	4,00	60
70	3,09	1,58	4,67	70
80	3,53	1,80	5,33	80
90	3,97	2,03	6,00	90
100	4,42	2,25	6,67	100
200	8,84	4,50	13,34	200
300	13,26	6,75	20,01	300
400	17,67	9,00	26,67	400
500	22,09	11,25	33,34	500
600	26,50	13,50	40,00	600
700	30,92	15,75	46,67	700
800	35,34	18,00	53,34	800
900	39,75	20,25	60,00	900
1000	44,17	22,50	66,67	1000

Beispiel

bei 580 Mark jährlicher Friedensmiete:

Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
500 Mt.	22,08 Mt.	11,25 Mt.	33,33 Mt.
80 „	3,53 „	1,80 „	5,33 „
580 Mt.	25,61 Mt.	13,05 Mt.	38,66 Mt.
Friedensmiete	gef. Miete	Steuer	monatl. Zul.

Kinderbeschäftigung. Zur Aufklärung von Zweifeln über die Zulässigkeit der Beschäftigung von Kindern in Gewerbebetrieben wird darauf hingewiesen, daß die Beschäftigung von Schulkindern in Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern, in Werkstätten mit Motorbetrieb, auf Bauten aller Art, bei öffentlichen Schaustellungen, im Betriebe von Ziegeleien und in einer Reihe gesundheitsgefährlicher Betriebe überhaupt verboten ist. Die Beschäftigung der Kinder ist in solchen Betrieben auch im Hofe oder in Nebenzimmern nicht gestattet. Zuweilbehandlungen haben gerichtliche Bestrafungen zur Folge. Insofern eine Beschäftigung in einzelnen Fällen zulässig ist, worüber die Polizeibehörden und Gewerbeaufsichtsamter nähere Auskunft erteilen und soweit die Kinder ausschließlich zu Botengängen verwendet werden sollen, ist eine Beschäftigung fremder Kinder erst gestattet, wenn der Arbeitgeber die Beschäftigung der Polizeibehörde schriftlich angezeigt hat und ihm für das einzustellende Kind vorher eine von der Polizeibehörde auszufüllende Arbeitskarte ausgehändigt worden ist. Fremde Kinder dürfen ohne Arbeitskarte und unter 12 Jahren überhaupt nicht beschäftigt werden. Ueber 12 Jahre alte fremde Kinder dürfen nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterrichte beschäftigt werden. Ihre tägliche Beschäftigungsdauer darf 8 Stunden und während der Schulferien 4 Stunden nicht überschreiten. Am Mittag ist den Kindern etwas

mindestens stündige Pause

zu gewähren. Nachmittags darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach Beendigung des Unterrichts beginnen. An Sonn- und Festtagen dürfen die Kinder zum Ausstragen von Waren und für sonstige Botengänge nur bis zur Dauer von 2 Stunden und nicht über 1 Uhr nachmittags hinaus beschäftigt werden; auch darf die Beschäftigungsdauer nicht in der letzten halben Stunde vor Beginn des Hauptgottesdienstes und nicht während desselben stattfinden.

Das im Eingange erwähnte Verbot für die Beschäftigung fremder Kinder gilt auch für die Beschäftigung der eigenen Kinder. Soweit die Beschäftigung von Kindern zulässig ist, ist die Beschäftigung eigener Kinder aber schon vom vollendeten 10. Lebensjahre ab zulässig, ihre Beschäftigung bedarf nicht der schriftlichen Anzeige bei der Polizei, auch ist die Ausstellung einer Arbeitskarte für eigene Kinder nicht vorgeschrieben. Eigene Kinder dürfen täglich länger als fremde Kinder beschäftigt werden, es gilt aber auch sonst für sie das oben für fremde Kinder Gesagte.

In Gast- und Schankwirtschaften dürfen fremde und eigene Kinder erst nach vollendetem 12. Lebensjahre beschäftigt werden, die Bedienung von Gästen durch Schulmädchen ist dabei ganz untersagt.

Für die Landwirtschaftsbetriebe und Gärtnereien bestehen keinerlei Beschränkungen; es ist in ihnen die Beschäftigung fremder sowie eigener Kinder aber dann nicht gestattet, wenn in solchen Betrieben mindestens 15 Arbeiter beschäftigt werden.

Des... wie die... des Ver... auf meh... im Post... lassen. S... nach der... Pateten... 14 bis 1... 20 Flug... der 8. B... einem B... in zwei... zweimal... Unterf... bis 15 R... 4.80 Mar... Postpat... Markt be... Markt au... Versand... bier Pat... führen u... bührentü... nigfaltig...
Boro... gibt Bef... (parnis... 5... Wehman... Vorverfa... bei der... firma Jo... Neue erfo...
Im... der Tsch... der Tsch... über die... nehmen, ... günstigen... allzu fern...
Rab... wurde M... ein Stäbe... Der Rab... kind und... Schuld a... Kleinen... Uhr nicht...
Jahr... Bauer... August in... Sonntag... Dr. Pfl... tag im... der Ausf... tagmaße... Gartenbe...
Do... Di...
Dante... „Gött... dem F... Qualit... phant... Das g... moder... panisch... Stunde... sich da... der Ve... Wirkung... Sänder... Sinnlic... alle, di... million... Bekehr... Frage...
Di... Ein Ne... N... Beginn...
Hau...
Di... Reiche... Su...

Postersparnis beim Versand von Paketen. Infolge des augenblicklichen Aufwandes des Postpatentris lassen sich die Handlungskosten...

Keine Einigung im Bauarbeiterstreit.

Aus baugewerblichen Kreisen wird dem „Sächsischen Zeitungsbüro“ mitgeteilt: Im Auftrage des sächsischen Arbeitsministeriums...

Unser neuer Roman „Hinter den sieben Bergen“ beginnt heute!

stände, wenn die Arbeitervertreter auf eine Regelung der Ferienfrage für Sachsen verzichtet...

Schneeberg. Radfahrungsfall. Der Arbeiter Bitterlich aus Reusäßel fuhr übermäßig schnell auf dem Rade...

Reusäßel. Autounfall. Auf der Staatsstraße von Gundstadel nach Schneeberg fahrendes Auto fuhr durch Steuerbergung...

Wann. Abfuhr einer unbekanntem bei der Spretal-Brücke. Am Montag vormittag wurde am Hange der Spretal-Brücke...

Deberan. Die Wahl Dr. Dehmigs zum Bürgermeister bestätigt. Der Bezirksausschuß hat die Wahl Dr. Dehmigs...

Witzschena. Töblich überfahren. Der 21-jährige Walter Wähle aus Reichenberg fuhr am Sonntag abend auf der Rechner Straße...

Witzschena. Vom Blitze erschlagen. Bei dem am Sonntagmorgen über die hiesige Gegend niedergegangenen Gewittern...

Witzschena. Den Hausherrn erschossen. Ein blutiges Drama spielte sich in der früheren an der Straße nach Witzschena...

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Felix Debus. Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsanstalt, m. b. H., Aue.

Carola-Theater Wettinerstraße. Donnerstag bis Sonntag erscheint einer der prachtvollsten Fox-Filme: Die Nacht des Inferno. 6 Akte aus dem Leben eines Millionärs.

Hierzu läuft der neueste Mestro-Film: Die suchende Seele. Ein Nordseedrama in 5 Akten mit Lucy Dornale in der Hauptrolle.

Heute Donnerstag, abends 8 Uhr Hausbesitzer-Versammlung im Saale des Bürgergartens. Die Wohn- und Wirtschaftspolitik der Gemeinde...

9. AUGUST ZIEHUNG ZWEI HÄUSER LOTTERIE. Vergessen Sie nicht, sich heute noch 1 Los zu holen.

Schirme werden idgl. repariert u. überzogen. Auf Wunsch sofort Bezüge von 3.00 Mark an Herm. Jacobi.

Kleine Anzeigen haben guten Erfolg im Auer Tagesblatt.

Gasthaus Schlachthof Aue. Morgen Freitag, den 31. Juli Großes Schlachtfest von 12 Uhr an Wellfleisch.

Jäger u. Schützen Aue. Sonnabend, den 1. August Versammlung in Beiersfeld. Abfahrt 1/2 Uhr ab Bahnhof.

Erz. Hof Radiumbad O.-Schlema. Freitag, den 31. Juli Großes Militär-Konzert ausgeführt vom Trompeterchor des Reiter-Regiments 12 Dresden.

Zum Sommerfest des Naturheilvereins I Aue vom 1. bis 3. August in der Gartenlaube. Sonntag, den 1. August Konzert.

Brüv. Schützengilde Aue. Sonnabend, den 1. August Rommersl. Schneeberg Stellen pünktlich 1/2 Uhr vorm. a. d. Lokomotive.

Rund um die Welt.

Wiederverleihung der Rettungsmedaillen in Preußen.

Wie feinerzeit mitgeteilt, hat das Preussische Staatsministerium in seiner Sitzung am 9. Juni d. J. beschlossen, die Verleihung der Rettungsmedaillen am Bande und der Erinnerungsmedaillen für Rettung aus Gefahr wieder aufzunehmen, und zwar auch für zurückliegende Rettungstaten.

Entwürfe auf Verleihung einer der beiden Medaillen sind demnach dem Minister des Innern ohne Rücksicht auf etwaige frühere Berichte auf amtlichem Formular einzureichen, und zwar zunächst die Fälle jugendlicher Lebensretter, denen früher eröffnet worden war, daß die Verleihung der Rettungsmedaillen am Bande an sie so lange ausgelegt werden sollte, bis sie das 18. Lebensjahr vollendet bzw. eine selbständige Lebensstellung erlangt haben würden.

Hoteldiebstahl in Marienbad. Am Sonnabendabend wurde in einem bekannten Marienbader Hotel ein schwerer Einbruchdiebstahl verübt. Die Diebe drangen in die neben einanderliegenden Zimmer zweier Kurgastdamen ein, nachdem sie sich vorher telefonisch von der Abwesenheit der Damen überzeugt hatten und raubten hier Schmuckstücke im Werte von 20 000 Goldmark.

Gift hat Röntgenbrei. Wie aus Heidelberg gemeldet wird, ereignete sich im dortigen Akademischen Krankenhaus ein verhängnisvolles Versehen. Der Hauptlehrer Fuchs aus Schwelmingen sollte wegen eines Magenleidens geröntgt werden.

Ein Rekordflug Frankfurt am Main-Erfurt in 62 Minuten. Das Passagierflugzeug D 664, das den täglichen Flugdienst Berlin-Dresden-Erfurt-Frankfurt am Main verkehrt, legte vorgestern die 200 Luftkilometer lange Strecke Frankfurt am Main-Erfurt in der Rekordzeit von 62 Minuten zurück.

Gewitterschäden in Nordwestdeutschland. Schwerste Gewitterschäden mit mehrfach verhängnisvollen Blitzschlägen werden aus dem südbayerischen Oldenburg berichtet. In Dhrze wurde ein junger Mann vom Blitz erschlagen, ein neben ihm Stehender gelähmt.

Hinter den sieben Bergen.

Roman von H. S. Dindrer. (Nachdruck verboten.)

1. Kapitel.

Den ganzen Morgen hatte der Himmel mit Regen gedroht, nun war gegen Mittag die Sonne doch noch zum Durchbruch gekommen und schien so hell als wollte sie zeigen, was sie unter Umständen selbst noch im Oktober leisten könne.

Beim einer spanienlosen Ueberfahrt das Automobil des Landwirts Siebenhahn aus Queblitzburg von einem Zuge erfasst und vollkommen getrümmert.

Die Reichsausstellung „Deutscher Wein“ wird am 8. August in Gohlis eröffnet. Den Ehrenhof der Ausstellung schmückt ein hervorragendes Kunstwerk, das Denkmal „Deutscher Wein“.

Bandenwesen in Bulgarien. Die Ruhe in Bulgarien noch immer nicht völlig wiederhergestellt. Täglich treffen Meldungen über verschiedene Raubüberfälle und Mordtaten ein. So ist neuerlich ein Anschlag auf den Grenzposten von Kalatina im Bezirk von Jarkob verübt worden.

Der Wälderbahnhof von Nizza abgebrannt. Eine schwere Feuersbrunst wütete am Mittwoch auf dem Nizzaer Wälderbahnhof, der aus unbekannter Ursache in Brand geriet.

Die Hungersnot in Russland hat den dortigen Gelehrten eine vorzügliche Gelegenheit, die Folgen einer so ungewöhnlichen Unterernährung zu studieren. Der russische Physiologe Zwanowitsch und seine Mitarbeiter haben 2114 Personen beobachtet, und zwar drei Jahre lang, soweit die Betroffenen nicht vorher gestorben sind.

Dünnerwerden der die Knochen bedeckenden weichen Gewebe handeln. In der Breite nahm das Gesicht mehr als in der Länge ab; inselgebehen hat sich natürlich der Gesichtsausdruck bei vielen verändert.

Die englische Arbeiterpartei für die Krebsforschung.

Im Unterhaus fragte ein Abgeordneter der Arbeiterpartei, ob die Regierung bereit sei, durch Bewilligung von Geldmitteln die erfolgreiche englische Krebsforschung finanziell zu unterstützen.

Bestandaufnahme der - Störche in Mecklenburg. In Mecklenburg ist eine eigenartige Zählung veranstaltet worden, und zwar eine genaue Aufnahme der mecklenburgischen Langstirnen.

Advertisement for a gas device. Text: 'Jeder Lehrling ist Heizer am Gasgerät! - nur mit Gas!'. Includes an illustration of a hand holding a gas burner.

„Was ist denn los, Martin? Bist du nicht wohl? Ich höre dich rufen.“ sagte eine ängstliche Stimme. Der junge Mann lachte matt. „Mir ist ganz gut, Vater. Ich sprach nur mit mir selbst.“

Mann vor einem kessenden Mundwerk halb ängstlich, halb angewidert zurückwich. „Den alten Koss mußst du aber notwendig wechseln, wenn Dora kommt, und einen Stehstragen umbinden.“

